

An positiven Aspekten der bisherigen parlamentarischen Arbeit führte Jelzin die „Klugheit und die Angriffslust einiger Deputierter, das Fehlen des sogenannten Angstsyndroms“ an. Negativ bewertete er die schlechte Vorbereitung und Organisation der Sitzungen, was für ihn das Werk des in Organisationsfragen eigentlich erfahreneren Parteiapparats ist. Unzufrieden ist er auch darüber, daß niemand – auch nicht Gorbatschow oder Ryschkow – ein präzise formuliertes radikales Programm zur Herausführung des Landes aus der Wirtschafts- und Finanzkrise präsentierte.

Es dürfte die Linie Gorbatschows sein, die Volksvertretungen zu stärken *auf Kosten der Partei* als dem zur Zeit konservativsten Teil des sowjetischen politischen Systems. Die Tagung des Volkskongresses war ein erster kleiner Schritt in diese Richtung. Jelzin forderte ein Gesetz über die Rolle der Partei, das verhindern soll, daß die Partei wieder alle Macht im Staate an sich reißt.

Die zunehmende Parlamentarisierung der Sowjetunion bedeutet zugleich für die Partei Machtabgabe. Der in indirekter Steuerung erfahrene Parteiapparat wird das zu verhindern versuchen. Wie erfolgreich diese immer noch funktioniert, ist der Tatsache zu entnehmen, daß infolge der Steuerung der Kandidatenauswahl für die Wahlen im Volkskongreß die Demokraten in der Minderheit waren (Moskau News, 8. 8. 89). Das Fehlen von Gesetzen über den Status des Abgeordneten und der Komitees bzw. Kommissionen des Obersten Sowjet der UdSSR sowie einer Geschäftsordnung für den Volkskongreß erleich-

tern dem Parteiapparat entsprechende Manipulationen. Deshalb ist es für einen erfolgreichen Fortgang der Parlamentarisierung des sowjetischen politischen Lebens unbedingt notwendig, daß diese Gesetze und Verordnungen bald verabschiedet werden.

Die Sowjetunion befindet sich auf dem Wege zum Parlamentarismus. Dieser unterscheidet sich bisher prinzipiell vom westlichen insofern, als sich die Oppositionsgruppierung sowohl aus Parteiloosen als auch aus Mitgliedern der regierenden Partei zusammensetzt. Die KPdSU ist allerdings keine Einheitspartei mehr, sondern dürfte inzwischen praktisch aus drei verschiedenen Parteien bestehen: den Reformern, den Konservativen und den Radikalen. Erste Schritte zu einem Mehrparteiensystem sind wohl eher auf regionaler Ebene zu erwarten, z. B. in den baltischen Unionsrepubliken, wenn die Demokratisierung der KPdSU keine Fortschritte macht und die Volksfronten sich dann zu politischen Parteien erklären. Wenn es stimmt – wie Gorbatschow auf der Parteikonferenz sagte –, daß sich ohne Reform des politischen Systems die radikale Wirtschaftsreform totlaufen werde, so gilt dieser Satz auch umgekehrt: Ohne radikale Wirtschaftsreform, ohne Zerschlagung des Monopols des Staatseigentums, fehlen der politischen Reform, der Demokratisierung, Entsprechung und Fundament in der Wirtschaft. Insofern ist der Beschluß des Obersten Sowjet der UdSSR am Ende seiner ersten Sitzungsperiode Ende Juli, den baltischen Unionsrepubliken ab 1. Januar 1990 die weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit zu gewähren, ein gutes Zeichen.

Eberhard Schneider

## „Man hat sich abgewöhnt, in Deutschen Gegner zu sehen“

Ein Gespräch mit dem politischen Historiker Jerzy Holzer

*Geht die Nachkriegszeit auch zwischen Deutschen und Polen zu Ende? Wieweit sind Polen und Deutsche trotz der geschichtlichen Belastungen zwischen beiden Völkern und trotz der Zugehörigkeit zu gegnerischen Blöcken in der gegenseitigen Verständigung und Aussöhnung vorangekommen? Und was bedeuten die gegenwärtigen Veränderungen im östlichen Europa für das deutsch-polnische Verhältnis? Wieweit hat sich das Deutschenbild der Polen gewandelt, und welche Rolle spielt dabei – auch im Blick auf die Zukunft – der Gegensatz Bundesrepublik-DDR? Über diese und auch über Fragen der gegenwärtigen innerpolnischen Entwicklung sprachen wir mit Professor Jerzy Holzer, Warschau. Holzer (Jahrgang 1930) ist Professor am Historischen Institut der Universität Warschau und Verfasser der ersten Geschichte von Solidarność (1980–81) („Solidarität: Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen“, Verlag C. H. Beck,*

*München 1985). Das Gespräch wurde während eines Forschungsaufenthaltes Prof. Holzers in Berlin geführt. Die Fragen stellte Dieter Bingen.*

*HK:* Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. 50 Jahre später sind Sie als Pole hier in Berlin. Herr Professor Holzer, was verbindet sich für Sie an diesem Ort mit diesem Datum?

*Holzer:* Ich mache mir über den Ort Berlin keine Gedanken. Ich war schon so oft hier, daß Berlin für mich nichts Besonderes mehr ist. Aber das Datum: Was sich mir dabei vor allem aufdrängt, ist der Eindruck, daß wir gegenwärtig am endgültigen Ende der Nachkriegszeit stehen. Gerade jetzt befinden wir uns, denke ich, an einer entscheidenden Wende. Das, was wir – in Ost und West –

Nachkriegsordnung nennen, hat Löcher bekommen, und ihrer werden von Monat zu Monat mehr ...

*HK:* In diesem Jahr sollte auch der politische Durchbruch im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen gelingen. Es war, wenn auch nie offiziell verkündet, an einen Besuch des Bundespräsidenten zum 1. September in Polen gedacht; ebenfalls schon vorher an einen Besuch des Bundeskanzlers. Ist hier eine historische Chance vertan worden?

*Holzer:* Ich bin nicht so überzeugt, daß eine historische Chance vertan wurde. Bei uns in Polen ist inzwischen die innenpolitische Problematik so akut geworden, daß wenig Zeit und Aufmerksamkeit für die großen außenpolitischen Fragen bleibt. Käme der Bundespräsident jetzt, fände das Ereignis vermutlich nicht den Widerhall, den es verdiente. Vermutlich bedarf es dafür innenpolitisch ruhigerer Zeiten. Ich glaube, wir sollten uns nicht so strikt an solche Daten binden. Es werden sich noch andere Gelegenheiten finden.

*HK:* Kann da auch beruhigend wirken, daß der psychologische Durchbruch zwischen beiden Ländern schon viel älter ist als der politische? Gerade in den 80er Jahren und schon früher war man in der Aussöhnung zwischen den beiden Völkern wohl schon wesentlich weitergekommen, als es bisher politisch zum Ausdruck kommen konnte ...

*Holzer:* Ich denke schon, daß dies so ist. Ich sehe drei Phasen einer solchen psychologischen Wiederannäherung. Die erste Phase setzte ein in den frühen sechziger Jahren mit der Vertriebenenedenkschrift der EKD und dem Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen ...

## „Es gibt Fortschritte und Rückschläge auf beiden Seiten“

*HK:* Aber haben diese damaligen kirchlichen Initiativen auch schon Einstellungsveränderungen in der Bevölkerung in Polen und in Deutschland bewirkt?

*Holzer:* Sagen wir so, es entwickelte sich damit eine erste Grundlage für eine offeneren Politik auch den Deutschen und der deutschen Frage gegenüber. Andererseits zeigten sich damit auch gleich die sehr begrenzten Möglichkeiten einer solchen Politik. Deutschlandfeindliche Parolen, mit denen die damalige Regierung insbesondere dem Bischofsbriefwechsel begegnete, zeigten in Polen durchaus Wirkung ...

*HK:* Kardinal Wyszyński wurde vorgeworfen, die polnische Staatsraison verletzt zu haben ...

*Holzer:* Ja, dennoch waren das die ersten Zeichen, die zeigten, daß es in Polen möglich ist, über traditionelle Vorstellungen hinauszugehen. Aber das war, wie gesagt, nur eine allererste Phase. Die zweite Phase setzte dann Anfang der siebziger Jahre mit der deutschen Ostpolitik und dem Warschauer Vertrag ein. Daß es zu Entspan-

nung und Wiederannäherung kommen konnte – damals –, hatte verschiedene Gründe auch auf polnischer Seite. Die polnische Regierungspolitik begann darauf zu verzichten, deutschfeindliche Stimmungen aufzupeitschen. Und natürlich gab es dafür wirtschaftspolitische und staatspolitische Gründe. Dann die dritte Phase: Sie setzte ein mit einer stärkeren Pluralisierung in der polnischen Politik, ansatzweise bereits zur Zeit der illegalen Opposition in den späten 70er Jahren, dann aber vor allem 1980/81 mit der Gründung von *Solidarność*. In dem Maße, in dem sich das politische Leben pluralisierte, konnten sich auch im Verhältnis zu den Deutschen unterschiedliche Standpunkte herausbilden.

*HK:* Hat sich *Solidarność* in dieser Phase einen eigenen Standpunkt zum Verhältnis zwischen Polen und Deutschen erarbeitet?

*Holzer:* Die Frage an sich hatte keine besondere Bedeutung. Aber in sehr vielen internen Diskussionen wandte man sich sehr nachhaltig dagegen, die deutsche Frage innenpolitisch zu betreiben. Man wollte diese Frage nicht mehr so behandeln wie sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit sowohl von Kommunisten wie auch von Vertretern aller anderen Richtungen behandelt wurde: Noch 100 Jahre sind die Deutschen ganz sicher unsere Feinde; jeder Pole muß das wissen, und niemand, ob Regierung oder Oppositioneller, darf davon abgehen. Damit war 1980 Schluß.

*HK:* Aber 1981 stand der Historiker Jan Józef Lipski aber noch ziemlich allein mit seinen Behauptungen über polnischen Nationalismus, polnische Xenophobie und mit der These, daß die ehemaligen deutschen Ostgebiete historisch nicht unbedingt zu Polen gehören. Was hat sich seitdem speziell in der polnischen Elite, aber auch in der Breite der Bevölkerung bezüglich des deutschen Faktors – in Polen selbst – geändert? Lipski wurde 1981 in der Parteipresse noch als Verräter beschimpft, heute ist er Senator der Volksrepublik Polen ...

*Holzer:* Ich würde nicht unbedingt sagen, daß Lipski damals mit seiner Meinung so sehr allein stand, vor allem nicht unter den polnischen Intellektuellen. Kontrovers war vielmehr die Frage, ob die Opposition angesichts der gespannten Binnenverhältnisse sich überhaupt außenpolitisch betätigen sollte, ob dies nicht schlicht zu gefährlich sei. Aber in der Sache selbst war dies sicher keine einmalige Einstellung. Die Position Lipskis hatte in der *Solidarność* schon damals mehr Anhänger, als es nach außen sichtbar werden konnte.

*HK:* Und wie sieht das in der Breite der Bevölkerung aus?

*Holzer:* Auch da hat sich einiges geändert. Zwei Faktoren dürften dafür maßgebend sein: Die verstärkten Kontakte schon in den siebziger Jahren, dann Anfang der achtziger Jahre zum Teil auch über die polnische Emigration, mit den Deutschen in der Bundesrepublik; Polen fühlten sich dort überwiegend gut aufgenommen. Und dann der zweite Faktor: Gerade das Kriebsrecht 1981/82 hat in die-

ser Richtung gewirkt und die deutsche Hilfsbereitschaft, die nicht wenige Polen dabei erfahren haben. So hat man es sich abgewöhnt, in Deutschen Gegner zu sehen. Man lernte sie neu als Menschen kennen, die bereit waren zu helfen, und zwar aus eigenem Antrieb und nicht bloß im Rahmen irgendwelcher staatlicher Aktionen.

### „Politische Barrieren lassen sich leichter überwinden als wirtschaftliche Abstände“

*HK:* Hat sich dieses veränderte Deutschenbild, soweit es die Bundesrepublik betrifft, bis heute erhalten, oder gibt es inzwischen wieder Rückschläge?

*Holzer:* Es gibt auch Rückschläge, wenn ich es richtig sehe, auf beiden Seiten, soweit von beiden bzw. von zwei Seiten überhaupt gesprochen werden kann, denn weder Polen noch Deutsche sind eine einheitliche Gruppe. Nicht zur Verbesserung beigetragen hat die Tatsache, daß die polnische Emigration in den 80er Jahren stark wirtschaftlich bedingt ist bzw. bestimmte ökonomische Aktivitäten entwickelt, die einerseits verständlich sind, andererseits in der Bundesrepublik die bekannten Probleme hervorgebracht haben. Darüber ist es zu einer sichtbaren Verschlechterung der Einstellung bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung gegenüber polnischen Landsleuten gekommen. Sie hängt aber wohl mit dem Asylantenproblem in der Bundesrepublik – und auch hier in Berlin – insgesamt zusammen. Und – ich will das nicht vertiefen – es gibt ja auch ein erkennbares Wiedererwachen nationalistischer Strömungen in Deutschland.

*HK:* Gibt es Parallelen dazu auch in Polen?

*Holzer:* Ich weiß nicht, ob es in Polen gegenwärtig einen parallelen Neonationalismus gibt oder wie weit es ihn gibt. Wo es ihn gibt, artikuliert er sich jedenfalls weniger in westlicher als in östlicher Richtung. Aber es gibt natürlich auch Reaktionen auf deutsche Vorgänge, die nicht unbedingt Zeichen eines neuen polnischen Nationalismus sein müssen. Wohl aber sind es Hinweise auf klimatische Erschwernisse in den gegenseitigen Beziehungen. Sie beeinflussen das Deutschenbild, und ich kann das auch verstehen. Als ich vor einer Woche mit dem Wagen nach Berlin kam und an der Grenze feststellte, daß alle anderen durchfahren konnten, aber polnische Wagen streng kontrolliert werden, schafft das natürlich ein Gefühl der Unzufriedenheit. Ich möchte das ganze aber nicht dramatisieren. Wenn die Dinge sich allerdings in der gleichen Richtung weiterentwickeln, könnten auch wieder neue Feindbilder entstehen.

*HK:* Nun gibt es einerseits die Belastungen im deutsch-polnischen Verhältnis, die Sie ansprechen, politische und psychologische, auf der anderen Seite fällt aber auf, wie sehr Tabus im Verhältnis zu den ehemaligen polnischen Ostgebieten gefallen sind. Es werden Vereine von Polen aus diesen Gebieten in Polen gegründet. Es entsteht ge-

genwärtig eine Art polnischer Vertriebenenverbände. Es werden – und dies geschieht durchwegs unter dem Dach zwischenstaatlicher Vereinbarungen mit Litauen, mit Weißrußland und der Ukraine – die Beziehungen zu den polnischen Minderheiten in diesen Gebieten gepflegt. Kann die Beschäftigung mit der polnischen Vergangenheit im Osten, die ja auch noch Gegenwart ist, mit dazu beitragen, das Verständnis auch für das Interesse der Deutschen an den ehemals deutschen Ostgebieten und an der deutschen Kultur dieser Gebiete zu wecken? Gibt es so etwas wie eine Entsprechung zwischen Ost- und Westsicht?

*Holzer:* Bei den politisch-intellektuellen Eliten schon, aber eine Massenerscheinung in der Bevölkerung ist das – zumindest bewußt – nicht. Sicher werden Polen nicht mehr nervös, wenn Deutsche Danzig statt Gdańsk oder Breslau statt Wrocław sagen. Da herrscht inzwischen ein anderes Klima. Man kann das im Zusammenhang mit der Ostorientierung sehen; es hat aber vor allem mit dem Generationenwechsel zu tun. Die Leute, die jetzt in den Westgebieten wohnen, sind bereits größeren Teils dort geboren. Für sie hat sich die Situation weitgehend normalisiert. Sie leben nicht mehr so in Ängsten vor Deutschen wie noch die Zuwanderer aus Ost- und Mittelpolen in den 50er und auch noch in den 60er Jahren, die fürchteten, daß bald wieder alles anders werden könnte, und man statt in Breslau wieder in Lemberg landen würde.

*HK:* Wie sehen Sie in dem Zusammenhang die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Opatów, eine „Gesellschaft der deutschen Minderheit im Opatów Schlesiens“ nicht als Verein zuzulassen? Entspricht das Urteil noch der Volksmeinung, oder hat da die staatliche Seite noch Schwierigkeiten – wie gelegentlich auch die kirchliche –, die Existenz deutscher Minderheiten bzw. einer deutschen Minderheit zu akzeptieren?

*Holzer:* Es gibt natürlich gute Gründe für eine Zwiespältigkeit hinsichtlich der Problematik der deutschen Minderheit in Polen. Einerseits, man darf nicht Leuten, die sich als Deutsche selbstbestimmen, dieses verbieten. Andererseits besteht schon seit Jahrzehnten die Situation, daß auch Menschen, die überhaupt keine Verbindung mit der deutschen Sprache und der deutschen Kultur haben, sich als Deutsche erklären. Das geschieht wegen der vorausgesehenen ökonomischen Vorteile, hat bisher vor allem der Ausreise und der Einbürgerung in der Bundesrepublik gedient. Die deutsche Minderheit könnte sich auch zu einer privilegierten Gruppe entwickeln, was zu starken Spannungen und sogar Konflikten führen würde. Für Schlesien ist die Frage besonders wichtig. Ich sehe keine Lösung, die nicht gewisse Nachteile mit sich bringt. Zwei Regeln muß man jedoch jedenfalls beachten. Man soll Freiraum für kulturelle Aktivitäten der deutschen Minderheit in Polen zulassen, und man soll von der Bundesrepublik her diese Minderheit nicht mit finanzieller und ökonomischer Hilfe zu sehr verwöhnen, um nicht eine ungünstige und schließlich für beide Seiten kompromittierende Entwicklung zu provozieren. Niemand ist am Entstehen einer D-Mark-Minderheit in Polen interessiert.

*HK:* Sie sprachen eingangs davon, daß wir uns an einer entscheidenden Wende befinden, daß die Nachkriegszeit endgültig am Ende ist. Das ist zwar noch Zukunftsmusik: aber können, müssen wir uns allmählich nicht darauf einrichten, daß im Rahmen einer wirklichen europäischen Friedensordnung Grenzen überhaupt sekundär werden und es, soweit es sich sonst ergibt oder machen läßt, einem jeden Europäer offensteht, ob er sich in Lemberg statt in Breslau, in Breslau statt in Köln, in Köln statt in Warschau niederläßt? Mit der Überwindung der nationalen Enge in Europa und dessen überstaatlichem Zusammenwachsen über die gegenwärtigen Blockgrenzen hinweg müßte eine solche Vorstellung ja nicht mehr ewig Zukunftsmusik bleiben ...

*Holzer:* Ich vermute, daß dies noch lange Zukunftsmusik sein wird. Entscheidend dafür ist die enorme ökonomische Polarisierung, der große wirtschaftliche Abstand zwischen dem westlichen und dem östlichen Europa. Er kann zu sehr heftigen neuen zwischenstaatlichen Konflikten führen. Deswegen wird es auch in absehbarer Zukunft noch schwerfallen, von einem Europa ohne Grenzen zu sprechen ...

*HK:* Meinen Sie damit die Wiederkehr von Abgrenzungen – Zeichen dafür gibt es ja –, die sich deshalb durchsetzen, weil es sich um wirtschaftlich zu ungleiche Partner beiderseits der Grenzen handelt? Ist es denn zwangsläufig, daß Grenzen, die vor kurzem noch offen waren, wieder dichtgemacht werden?

*Holzer:* Ich sehe darin eine große Gefahr, gerade auch für das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Diese liegt vielleicht mehr noch im Psychologischen als im rein Politischen. Polen kommen nach Westeuropa, nach Westdeutschland vorwiegend als niedrige Kategorie von Gastarbeitern. Deutsche reisen nach Polen als privilegierte Schicht von Touristen und Ferienhausbesitzern. Das kann wieder zu Vorurteilen und auch zu Konflikten führen.

*HK:* Die wirtschaftliche Spaltung Europas ist also heute entscheidender als die politische?

*Holzer:* Jedenfalls kann sie für die Zukunft entscheidender sein. Politische Barrieren lassen sich anscheinend leichter überwinden als diese riesengroßen wirtschaftlichen Abstände ...

### „Auch in der Kirche sind unterschiedliche Meinungen selbstverständlich geworden“

*HK:* Was können da Deutsche und Westeuropäer insgesamt überhaupt tun, um das Gefälle mit abbauen zu helfen? Oder können nur wirtschaftliche und politische Reformen in den osteuropäischen Ländern selbst etwas Entscheidendes bewirken? Ohne die vielzitierte Hilfe zur Selbsthilfe wird es vermutlich nicht gehen ...

*Holzer:* Es ist ziemlich schwierig, diesbezüglich zu Lösungen zu kommen oder über gangbare Lösungen – gerade aus polnischer Sicht – überhaupt zu sprechen. Es bedarf erst der Verwirklichung politischer und gesellschaftlicher Voraussetzungen in Polen wie in anderen sozialistischen Ländern, um überhaupt eine programmatische Perspektive im wirtschaftlichen Bereich entwickeln zu können.

*HK:* Ist die Situation in Polen dafür noch nicht gegeben?

*Holzer:* Das ist die große Frage. Es gibt natürlich auch jetzt schon Möglichkeiten einer gezielten Steuerung von Hilfen, die langfristig Wirkung in der richtigen Richtung zeigen können. Es besteht aber auch die Gefahr – wir kennen diese bereits aus den siebziger Jahren –, daß nichtgezielte Hilfen dazu beitragen, überlebte Strukturen, die ein Hauptgrund der ökonomischen Misere sind, zu verfestigen, und daß so die Krise vertieft anstatt überwunden wird.

*HK:* In der Vergangenheit war in Polen in Krisensituationen zwischen Regierung und Bevölkerung, zwischen Opposition und Regierung, hauptsächlich die Kirche gefragt. Inzwischen scheint diese mehr und mehr in den Hintergrund zu rücken. Wird die Kirche in der Phase der Pluralisierung wieder stärker in ihre traditionelle Rolle zurückverwiesen? Und wird dies – soweit es zutrifft – auch Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen haben? Sie sagten es eingangs: in der ersten Phase der Wiederannäherung waren die Kirchen treibende Kraft. Trügt der Eindruck, daß sich die Kirchen auch diesbezüglich wieder mehr zurückhalten?

*Holzer:* Ich glaube, es stimmt, was Sie sagen. Aber diese stärkere Zurückhaltung ergibt sich einfach aus den gewandelten politischen Verhältnissen. Früher *mußte* die Kirche stärker ihre *politische* Rolle spielen. Es gab in Polen sonst ja keine politische Kraft von annähernd vergleichbarem Gewicht. Aber die veränderte Position der Kirche hängt auch damit zusammen, daß früher Gruppen von katholischen – und nicht nur von katholischen – Intellektuellen politisch besonders aktiv waren, die ziemlich viel Einfluß auf die Kirche hatten und über die Kirche ihre gesellschaftlich-politischen Absichten verwirklichten. Diese Gruppen artikulieren heute, was sie politisch wollen, weniger über die Kirche als über die Meinungsorgane der Opposition oder über das Parlament. Im übrigen dürfen wir nicht übersehen: Soweit die Kirche vom Klerus geprägt ist, war sie immer „traditioneller“ eingestellt, als es die politisch aktiven katholischen Laien waren.

*HK:* Heißt das, daß mit der Pluralisierung des öffentlichen Meinungsbildes die Unterschiede zwischen Klerus und katholischen Laien schärfer hervortreten? Und heißt das auch, daß wenigstens Teile der Hierarchie bei einem älteren Verständnis von Staat und Gesellschaft und von Staatsräson, auch soweit diese das polnisch-deutsche Verhältnis betrifft, verharren, während die katholische Intelligenz eher geneigt ist, alte Tabus in Frage zu stellen, z. B. auch soweit es um deutsche Präsenz in Polen geht?

*Holzer:* Ich glaube, es ist einfach so, daß nicht nur die Kirche im breiteren Sinn – als Kirchenvolk verstanden –, sondern auch die Kirche im engeren Sinne – Hierarchie, Klerus – in politischen Fragen keine strenge Einheit bildet. Auch in der Kirche sind unterschiedliche Meinungen selbstverständlich geworden. Und es geht in der Minderheitenfrage auch nicht nur um die Stellung zur deutschen Minderheit, sondern um das Verhältnis zu Orthodoxen, Ukrainern usw. Aber es ist richtig: Katholische Laien, katholische Intellektuelle vertreten vielfach offenere Positionen, als es manche im Klerus tun. Nur müssen wir beachten, daß es im politischen Spektrum Polens Leute gibt, die Nationalisten und zugleich Katholiken sind und nicht von der katholischen Soziallehre her denken. Im politischen Bereich ist vieles auch katholisch. Und auch in der Geistlichkeit gibt es Nationalisten und nationalistische Anschauungen. Und wenn wir schon Unterschiede feststellen zwischen Hierarchie und Laienschaft, dann ist auch zu bedenken, daß der Episkopat ja überwiegend der älteren Generation angehört und noch stark von der Krieger- und der unmittelbaren Nachkriegszeit geprägt ist.

### „Die DDR bleibt abseits“

*HK:* Wir haben jetzt die ganze Zeit über Polen und die Deutschen in der Bundesrepublik gesprochen. Wir haben dabei 17 Millionen Deutsche bzw. die DDR „vergessen“. Die DDR grenzt sich von den gegenwärtigen Entwicklungsprozessen in Polen scharf ab. Begehen wir in dieser Situation nicht einen großen Fehler, wenn wir die Beziehungen zur DDR – von beiden Seiten – außer acht lassen?

*Holzer:* Wenn wir über Rückschritte im Verhältnis Deutsche–Polen in den letzten Jahren sprechen, dann gilt das sicher stärker im Verhältnis zur DDR als zur Bundesrepublik. In den 70er Jahren waren die menschlichen Kontakte zwischen DDR-Deutschen und Polen sehr intensiv. Dies hat sich ziemlich radikal geändert. Man soll die Errungenschaften der siebziger Jahre freilich nicht überbewerten. In kommunistischen Ländern mit ihrer in der Regel schwierigen inneren Marktsituation und wo die einen in das Land der anderen gehen, um zu kaufen, was es im eigenen Land zu kaufen nicht gibt, kommt es besonders leicht zu Reibereien und auch Vorurteilen. Tatsache ist: Es gibt in der DDR nach wie vor eine größere Zahl polnischer Gastarbeiter, die von der übrigen Bevölkerung allerdings ziemlich isoliert geblieben sind. Und in den siebziger Jahren kamen Millionen Polen in die DDR.

*HK:* Hat sich das Deutschlandbild der Polen in den achtziger Jahren gespalten?

*Holzer:* Anders: Gespalten war unser Deutschlandbild vielleicht eher in den siebziger Jahren, als es schon zunehmend Kontakte mit Deutschen in der Bundesrepublik und noch sehr intensive mit den Deutschen in der DDR gab. Jetzt ist eine ganz eigenartige Situation entstanden. Die DDR bleibt abseits auch im Verhältnis Polens zu anderen

sozialistischen Ländern: Man reist von Polen nach Westdeutschland, Westeuropa, in die Sowjetunion oder nach Ungarn und Bulgarien, aber von der DDR wird kaum noch geredet... Die DDR bleibt abseits. Man spricht nicht über die DDR, man hat keine Kontakte mit der DDR. Das betrifft natürlich nicht alle Polen, aber das ist eine Tendenz.

*HK:* Kann das auf die Dauer gut gehen, wenn man an das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen insgesamt denkt?

*Holzer:* Es bedeutet nichts Gutes, wenn man mit dem unmittelbaren Nachbarn praktisch keinen Kontakt hat.

*HK:* Aber was tun? Warten auf Perestrojka auch in der DDR? Oder auch Angst vor Perestrojka in der DDR?

*Holzer:* Zunächst gab es in der DDR natürlich die Angst vor diesen unberechenbaren Polen. Und jetzt kapselt sich die DDR noch viel mehr gegen Perestrojka in der Sowjetunion und auch in anderen osteuropäischen Ländern ab...

*HK:* Ich meinte, wartet Polen auf Perestrojka in der DDR, oder haben Polen eher Angst davor?

*Holzer:* Nein, nicht Angst, obwohl die polnischen Eliten sich bewußt sind, daß mit der Perestrojka in der DDR ganz große politische Probleme auf uns zukommen würden...

*HK:* Wollen Sie damit sagen, daß dann die deutsche Frage für Polen in ganz neuem Gewande akut würde?

*Holzer:* Ja, genau. Man spricht ja auch jetzt schon darüber. Denn öffnet sich die DDR stärker, wird die Frage nach der deutschen Einheit jedenfalls in der DDR sich ganz akut stellen. Wieweit dies für die Bundesrepublik ebenfalls in vergleichbarer Weise gilt, darüber kann man streiten. Aber in der DDR wird sich die Frage nach der Einheit mit Sicherheit ganz nachdrücklich nach vorne drängen. Und natürlich müssen wir uns dann fragen, was Polen politisch davon zu erwarten oder zu befürchten hat.

### „Es kann alles passieren“

*HK:* Trotz aller Mühen bei der Wiederannäherung zwischen Polen und Deutschen und trotz aller Rückschritte fällt auf, daß sowohl in Polen wie in der Bundesrepublik Europa und die Rolle des jeweiligen Nachbarn – sei es Polen, sei es Deutschland – zu einem großen Zukunftsthema geworden ist. Wahrscheinlich ist wirkliche Annäherung und Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen auch nur in einem gemeinsamen Europa ohne Blöcke möglich. Was können Deutsche und Polen tun, damit dieses Europa Wirklichkeit wird?

*Holzer:* Dafür ist ganz entscheidend, wie die deutsche Frage im Rahmen einer gesamteuropäischen Entwicklung gelöst wird. Aber gegenwärtig ist eine solche gesamteuropäische Perspektive überhaupt noch nicht einzuschätzen.

Dies hängt mit der ökonomischen Spaltung, vor allem aber mit der sowjetischen Entwicklung zusammen. Diese schreitet in letzter Zeit so stürmisch voran, daß man nicht mehr weiß, wohin sie führen wird. Von ihr ist aber die gesamteuropäische Entwicklung und auch die deutsche Frage wesentlich mitbestimmt. Für Polen ist das deutsch-sowjetische Verhältnis, unter dessen Druck es vielfach gestanden hat, seit je ein Alptraum. Von ihm kann Polen in der Tat nur durch eine gesamteuropäische Lösung befreit werden. Aber wie eine solche Lösung aussehen könnte, ist gegenwärtig schwer auszumachen.

*HK:* Jedenfalls sind Demokratisierung in Polen und Perestrojka in der Sowjetunion politisch stark miteinander verknüpft. Von der Stabilität im Wandel Polens hängt wohl auch für Gorbatschow viel ab?

*Holzer:* Ich denke, viele Polen setzen hinter die sowjetische Entwicklung ein großes Fragezeichen. Natürlich sind wir Polen vor allem daran interessiert, daß die Stabilität in unserem Lande durch zu rasche Reformen nicht gefährdet wird. Andererseits dürfen wir keine Zeit verlieren, da wir nicht wissen, wieviel Zeit wir haben und ob sich in Moskau nicht plötzlich wieder alles ändert. Wir

sind natürlich für eine substantielle Weiterentwicklung sowjetischer Umgestaltung, aber es kann alles passieren.

*HK:* Sie fürchten Destabilisierung von innen nicht nur in der Sowjetunion, sondern im ganzen östlichen Europa? Wenn dem so ist, sehen Sie dann in der Periode des historischen Umbruchs mit allen Risiken eruptiver Entladungen eine besondere Aufgabe für die Westeuropäer?

*Holzer:* Osteuropa ist zur Zeit eine krisenbeladene Zone. Es könnte am Ende des 20. Jahrhunderts zu einem neuen Epizentrum krisenhafter Entwicklungen werden. Wir hoffen, daß es nicht so kommt, aber wir müssen achtgeben. Und Westeuropa müßte schon aus rein egoistischen Gründen Bereitschaft zeigen, den Wandel in Osteuropa solidarisch zu begleiten.

*HK:* Damit werden auch Deutsche und Polen wieder vor ganz neue Aufgaben gestellt ...

*Holzer:* Gewiß, aber ich rate zur Vorsicht. Deutsche wie Polen und vor allem deren Eliten fühlen sich gerne als Vermittler zwischen Ost und West. Beide Völker haben tatsächlich eine Brückenfunktion. Sie kann aber nur sehr zurückhaltend wahrgenommen werden.

## „Wir sehen einander mit anderen Augen“

Eine Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989

*Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall des Dritten Reiches auf Polen der Zweite Weltkrieg. Eine Gruppe von katholischen Laien, die meisten von ihnen führende Mitglieder des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK), hat zusammen mit führenden polnischen katholischen Intellektuellen den 50. Jahrestag des Beginns des deutschen Angriffskrieges zum Anlaß genommen, um sich in einem gemeinsamen Wort zu gegenseitiger Aussöhnung zu bekennen und für ein neues Miteinander in einem Europa offener Grenzen einzutreten. Öffentliches Aufsehen erregte die Erklärung vor allem wegen der in ihr gemeinsam formulierten Forderung nach „dauerhaftem Bestand“ der polnischen Westgrenze. Dafür ernteten die deutschen Unterzeichner der Erklärung Widerspruch in den eigenen Reihen, vor allem von Vertriebenenvertretern – auch im ZdK. In der Gesamtöffentlichkeit überwog aber die Zustimmung. Hier der Wortlaut der Erklärung. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.*

Am 1. September 1989 jährt sich zum 50. Male der Angriff Deutschlands auf Polen. Er wurde zum Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges. Dieser Krieg ist von Hitler geplant und schließlich bewußt ausgelöst worden. Er markierte den Höhepunkt und zugleich das katastrophale Ende eines Weges in Menschenverachtung, Gewalt-

herrschaft und Terror, den Deutschland unter der Führung des Nationalsozialismus eingeschlagen hatte.

Am 1. September 1939 kehrte sich die totalitäre Gewalt des Nationalsozialismus, die schon seit Jahren gegen die Freiheit und die Menschenrechte in Deutschland gewütet und Zehntausende von Deutschen versklavt, gemordet oder ins Exil getrieben hatte, gegen die Welt. Polen wurde das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges.

### „Gemeinsam beklagen wir ...“

Jeden Deutschen, der sich der geistigen und moralischen Überlieferung Europas verpflichtet fühlt, muß es auch heute noch mit tiefer Scham erfüllen zu sehen, mit welcher zielstrebigem Brutalität die Unterwerfung, Teilung und Ausrottung des polnischen Volkes, die Aussiedlung vieler Polen aus ihrer angestammten Heimat und die Auslöschung der polnischen Geschichte und Kultur durch den deutschen Nationalsozialismus betrieben wurde. Eine Politik, die von den primitivsten Kategorien der Menschenverachtung bestimmt war, setzte in vermessener Weise die Zugehörigkeit zum eigenen Volk mit „Gut“ und die zum anderen Volk mit „Böse“ gleich. Sie warf damit, ähnlich wie gegenüber den Juden, schier unüber-